



Hinweise zu den vorzulegenden Nachweisen im Verfahren auf Befreiung von der Beibringung des Ehefähigkeitszeugnisses nach § 1309 Abs. 2 BGB. Es gelten außerdem die **Allgemeinen Hinweise** zur Durchführung des Verfahrens. Aktuelle Informationen im Internet unter: www.olg-koeln.nrw.de. © Präsident des Oberlandesgerichts Köln- Dezernat 7 – .

Vietnam (Sozialistische Republik Vietnam)

a) urkundliche Nachweise zu Geburt und Familienstand:

1. **Geburtsurkunde** der zuständigen Heimatbehörde
2. **Ledigkeits-/ Familienstandsbescheinigung** der zuständigen Heimatbehörde (örtliche Polizeidienststelle / Volkskomitee)

oder

eine **Ehefähigkeitsbescheinigung** der zuständigen konsularischen Vertretung

b) Anerkennung ausländischer Scheidungsurteile im Heimatland:

Ausländische Scheidungsurteile bedürfen zur Wirksamkeit für den vietnamesischen Rechtsbereich keines förmlichen Anerkennungsverfahrens.

c) Legalisation/Apostille/Amtshilfeüberprüfung:

Legalisation erforderlich, siehe Nr. 5.1. der allgemeinen Hinweise. Bei Personenstandsurkunden, die aufgrund Wiederregistrierung errichtet wurden, ist Amtshilfeüberprüfung erforderlich, siehe Nr. 5.2 der allgemeinen Hinweise.

Wichtiger Hinweis:

Eine verbindliche Prüfung kann erst nach Vorlage des ordnungsgemäßen Befreiungsantrages und des vollständigen Anmeldeheftes durch das Standesamt mit allen notwendigen urkundlichen Nachweisen im Original mit Übersetzungen erfolgen. Ein Rechtsanspruch auf positive Bescheidung des Antrags alleine bei Vorlage der oben genannten Nachweise besteht daher nicht.